



Weltpolitik und Waffenexporte

**Deutsche Machtpolitik und die
Konfessionalisierung von Konflikten
am Persischen Golf**

von Julian Engerer

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Gestaltungsmächte am Persischen Golf	2
3. Merkel-Doktrin: Einflussnahme durch Rüstungsexporte	3
4. Neustrukturierung des Mittleren Ostens: Waffen wider die Menschenrechte	5
5. Der Golfkooperationsrat und die regionale Konfliktkonstellation	8
6. Die Politisierung konfessioneller Konflikte	10
7. Fazit	14

Der deutsche Außenminister Westerwelle mit dem Emir von Qatar Hamad bin Chalifa Al Thani. Foto: Th. Koebler, photothek / Auswärtiges Amt.

1. Einleitung

Es schlug große Wellen, als im Juli 2011 der Beschluss des Bundessicherheitsrates bekannt wurde, mindestens 200 Leopard 2 Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Aus der Opposition und selbst aus den Reihen der Koalition regte sich heftiger Widerstand gegen diesen Deal. Eigentlich galt der Grundsatz, keine Waffenexporte in Spannungsgebiete zu genehmigen, der zwar immer wieder umgangen wurde, aber zumindest auf dem Papier Bestand hatte. Inzwischen wurde aber deutlich, dass dieser Grundsatz nicht nur wie befürchtet aufgeweicht werden soll, sondern dass die Bundesregierung mit einer neuen außenpolitischen strategischen Zielsetzung, die sie im sogenannten „Gestaltungsmächtekonzept“ öffentlich machte, einen kompletten sicherheitspolitischen Kurswechsel forciert. Am 30.07.2012 berichtete der Spiegel folgerichtig über die Möglichkeit einer Panzerlieferung in das Emirat Katar.¹ Die Argumente für ein solches Geschäft waren dieselben wie bei Saudi-Arabien: Es gehe um die Unterstützung der angeblich die Region stabilisierenden Golfmonarchien, die sich mit dem Gulf Cooperation Council (GCC) zu einer strategischen Allianz zusammengeschlossen haben.

¹ Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de



Parade saudisch-arabischer Sicherheitskräfte mit G36. 2008 vergab Heckler&Koch die Lizenz zum Bau dieses Gewehrs an Saudi-Arabien. Foto: Omar Chatriwala, Al Jazeera English, Wikipedia.

Laut Auswärtigem Amt soll der „Golfkooperationsrat (...) Frieden und Sicherheit in der Region (...) fördern.“² Tatsächlich geht es aber um die Erweiterung des strategischen Einflusses Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten³.

Denn die deutsche Regierung sieht, wie auch die USA, im GCC einen verlässlichen Partner, der die Hegemonialbestrebungen des Iran eindämmen und im Sinne westlicher Interessen Einfluss auf die Region ausüben soll. Eine solche Politik ist jedoch auf kurzfristige strategische Einflussnahme gerichtet, zementiert die Bildung verfeindeter Blöcke, verhindert den politischen Dialog und fördert das Wettrüsten am Persischen Golf.

Im Zuge dieses Vorgehens werden vereinfachende Kategorisierungen regionaler Konflikte in den Kontext geopolitischer Erwägungen gestellt. Im Falle des Nahen und Mittleren Ostens wird der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten zum einen von den Westmächten dazu genutzt, strategische Einflussphären zu definieren, und zum anderen von den GCC-Staaten instrumentalisiert, um innenpolitische Proteste auf repressive Weise zu bekämpfen. Indem schiitischen Minderheiten generell Loyalität zum Iran unterstellt wird, kann die Niederschlagung genuin zivilgesellschaftlicher Proteste als

Verteidigung gegen iranische Aggression legitimiert werden. Der Westen geht auf dieses Spiel ein und verfolgt mit der klaren Parteinahme für die konservativen, sunnitischen und angeblich gemäßigten Regime in der Golfregion eine „Teile und Herrsche“-Politik, die fatale Folgen für die ganze Region mit sich bringen könnte.

2. Gestaltungsmächte am Persischen Golf

Hinter dem sicherheitspolitischen Kurswechsel der Bundesregierung steckt das Motiv, durch die Waffenexporte den deutschen Einfluss auf bestimmte strategisch wichtige Regionen ausbauen zu wollen.⁴ Im Februar 2012 stellte die Bundesregierung unter dem Titel „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ ein neues außenpolitisches Konzept vor, welches darlegt, wie der globale Einfluss Deutschlands erweitert werden könne. Hierbei ist vor allem die Rede von der Kooperation mit neuen „Gestaltungsmächten“, die, so heißt es, „im regionalen oder internationalen Vergleich eine hohe Wirtschaftskraft oder hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen (...), einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck bringen und denen darüber hinaus durch ihre einflussreiche Rolle oder ihre innerstrukturellen Eigenschaften mittel- bis langfristig

² Der Golfkooperationsrat, 24.09.2012, www.auswaertiges-amt.de

³ Es gab große Debatten über die exakte regionale Zuordnung bei den Begriffen Naher und/oder Mittlerer Osten. Die Diskussionen speisen sich aus jeweiligen politischen Sichtweisen und den theoretischen Grundlagen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, wie der Kulturgeographie, Soziologie und der Politikwissenschaft. In dieser Studie soll der Einfachheit halber die weitgehend im medialen Diskurs gebräuchlichen Begriffe verwendet werden. In diesem Sinne soll Naher Osten die Region der Levante, d.h. Israel, Libanon, Syrien und Jordanien beschreiben, und Mittlerer Osten den Großraum dessen was im englischsprachigen Diskurs häufig als Greater Middle East oder MENA (Middle East North Africa) bezeichnet wird, d.h. die arabischen Mittelmeer- und Golfanrainer sowie den Iran.

⁴ Natürlich ist auch die Standortpflege für die deutsche Rüstungsindustrie ein Motiv, welches die Regierung zu einem Paradigmenwechsel in der deutschen Waffenexportpolitik veranlasste. Da die Entwicklung schwerer Waffensysteme nur ab gewissen Mengen rentabel ist, soll der Verkauf im Ausland angekurbelt werden, um Deutschland als Rüstungsstandort effizienter zu machen. Diese wirtschaftlichen Interessen gehen mit strategischen Erwägungen einher. Die nationale Rüstungsindustrie soll gestärkt werden, um Unabhängigkeit von ausländischen Waffenlieferungen zu gewährleisten und somit den militärischen Handlungsspielraum Deutschlands zu vergrößern.



Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen
Konzept der Bundesregierung



Das im Februar 2012 veröffentlichte „Gestaltungsmächte-Konzept“ legt den strategischen Rahmen der deutschen Außenpolitik in wichtigen Regionen fest.

eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung regionaler Prozesse (...) zukommt.“⁵ Durch eine Partnerschaft mit solchen Akteuren soll der „Spielraum, die Reichweite und das Wirkungsvermögen (der) globalen Gestaltungskraft“⁶ Deutschlands ausgebaut werden. In diesem Sinne sollen regionale Akteure als Transmissionsriemen für den globalen Einfluss der BRD dienen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Persischen Golf, einer der geostrategisch bedeutsamsten Regionen der Welt. In den Anrainerstaaten sollen nicht nur 60% der weltweiten Rohöl- und 45% der weltweiten Erdgasvorkommen liegen⁷, die Straße von Hormus ist zudem ein Nadelöhr für die weltweite Energieversorgung. Durch diese Meerenge zwischen dem Oman und dem Iran werden täglich 17 Millionen Barrel Rohöl transportiert, was rund 35% des weltweiten Bedarfs entspricht.⁸

Die immense Abhängigkeit der Industrienationen von diesen Rohstoffen erklärt deren massive Einflussnahme auf die regionale Politik in der Region. Spätestens seit dem Ersten Weltkrieg steht die Golfregion im Fokus der Interessenssphärenpolitik imperialistischer Großmächte, angefangen mit der britischen Unterstützung arabischer Stämme im Kampf gegen das Osmanische Reich durch die Hussein-McMahon Korrespondenz, über den von der CIA mit der Operation Ajax unterstützten Sturz Mossadeghs und der Wiedereinsetzung des Schahs im Iran 1953 bis hin zur Invasion amerikanischer Streitkräfte im Irak, um nur eine kleine Auswahl anzuführen.

Die Bundesregierung ist nun ebenfalls bemüht, ihren Einfluss im Persischen Golf auszubauen und nutzt in dieser Hinsicht die in vielen Punkten konvergenten Interessen der BRD und der GCC-Staaten. Besonders zu betonen ist dabei das Ziel beider Akteure, den regionalen Einfluss des Iran zu schwächen, der die Straße von Hormuz und damit einen großen Teil der weltweiten Energie-

versorgung kontrollieren kann. Durch die Aufrüstung von Qatar und Saudi-Arabien und der eindeutigen Parteinahme und Zusammenarbeit mit den restlichen GCC-Staaten⁹ wird versucht, ein „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Golfmonarchien und dem Iran herzustellen und die Region nach eigenen strategischen Interessen zu gestalten, bzw. gestalten zu lassen. Nur vor dem Hintergrund dieses Interessenkonglomerats und der strategischen Neupositionierung der Bundesrepublik wird die politische Dimension der eingangs erwähnten Panzerdeals mit Saudi-Arabien und Katar klar.

3. Merkel-Doktrin: Einflussnahme durch Rüstungsexporte

Die militärische Aufrüstung von Gestaltungsmächten ist das Mittel der Wahl, die geostrategische Positionierung der BRD in wichtigen Regionen zu verbessern. Diesem Ziel hat sich die so genannte „Merkel-Doktrin“ verschrieben, die erstmals in einem Statement der Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2011 bei einer Rede zum 50. Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung folgendermaßen formuliert wurde: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weit- hin anerkannten Prinzipien.“¹⁰

Im Wortlaut des Gestaltungsmächtekonzeptes wird dies ein wenig verklausulierter auch als „Aufbau regionaler Sicherheitsarchitekturen“ und „Stärkung ihrer Instrumentarien“ bezeichnet.¹¹ Mit Waffenlieferungen an die „Gestaltungsmächte“ im Mittleren Osten versucht man, die Region nach eigenen geostrategischen Prämissen zu formen. Da aus Sicht der deutschen Regierung sich die Interessen der GCC-Staaten und Deutschlands in vielen Punkten überschneiden, wird dem Kooperationsrat das Feld bei ihrer Durchsetzung überlassen, während die Rüstungsindustrie das nötige Equipment liefert. Man könnte hierbei annehmen, dass die Aufrüstung diverser GCC-Staaten den unmittelbaren Zweck hätte, diese als militärisches Gegengewicht zum Iran aufzubauen. Aber die Waffenlieferungen dienen nicht unbedingt der Angleichung der militärischen Kapazitäten des GCC an die des Iran, denn diese wird durch die Präsenz der US-Truppen gewährleistet. Vielmehr soll die Stabilität der Golfmonarchien nach innen und ihr militärischer Einfluss auf regionale Stellvertreterkonflikte gestärkt werden, sodass konvergente Interessen durch fest im Sattel sitzende Regime im gesamten Nahen Osten durchgesetzt werden können.

Panzerlieferungen nach Qatar und Saudi-Arabien dienen nicht der militärischen Verteidigung gegen einen angeblich expansiven Iran. Als defensives Mittel wäre diesbezüglich die Erweiterung der Marine und der Luftabwehrsysteme weitaus sinnvoller.¹² Vielmehr sollen sie die autoritären Regime dazu befähigen, gegen innere Unruhen vorzugehen. Der Leopard 2 ist für solche Einsätze auch besonders geeignet, denn er ist speziell für den Einsatz in urba-

5 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, www.auswaertiges-amt.de, 2012, S.5.

6 Ebd., S.6.

7 World Oil Transit Chokepoints, U.S. Energy Information Administration, 22.08.2012, www.eia.gov.

8 Ebd.

9 Beispiele sind der Sicherheitsgipfel in der bahrainischen Hauptstadt Manama, der sogenannte „Manama Dialogue“, zahlreiche Treffen deutscher Delegationen mit Vertretern von GCC-Staaten oder das Projekt „Scharaka“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, welches auf den Ausbau der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem GCC abzielt.

10 Die Merkel-Doktrin, Frankfurter Rundschau, 01.08.2012, www.fr-online.de.

11 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, a.a.o., S.23.

12 The Military Balance, Routledge, London, 2012. S.307.



*Die Proteste in Bahrain wurden im März 2011 mit der Unterstützung saudischer Sicherheitskräfte brutal niedergeschlagen.
Foto: Bahrain in pictures über Wikipedia.*

nem Gelände konzipiert. Zudem kann er mit geringem Aufwand zu einem Räumpanzer umgerüstet und zur Bevölkerungskontrolle eingesetzt werden.

Deutschland und die restlichen westlichen Großmächte haben kein Interesse, dass auch in den Golfmonarchien durch Rebellionen die eigenen Einflussphären gefährdet werden könnten. Denn aus strategischer Sicht würden Aufstände gegen die dortigen Regierungen die Handlungsoptionen der Bundesregierung in der Region enorm einschränken. In den GCC-Staaten sind Einflussmöglichkeiten durch eine direkte Zusammenarbeit mit den Herrscherhäusern gegeben. Es handelt sich zwar um autokratische, menschenrechtsverletzende Regime, aber sie sind kooperativ bei der Durchsetzung strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Oppositionelle Kräfte in der Golfregion hingegen sind schon aus dem Grund Gegner westlicher Einflussnahme, da die Westmächte die dortigen Herrscher unterstützen, und damit auch indirekt die Unterdrückung von Regimekritikern.

Die Reaktionen auf die Niederschlagung der Proteste in Bahrain haben die westlichen Präferenzen deutlich gezeigt. Inspiriert von den Revolutionen in Ägypten und Tunesien versammelten sich dort tausende Menschen am Pearl Roundabout, einem großen Platz im Zentrum der Hauptstadt Manama. Die Forderungen waren ähnlich denen in Kairo und Tunis: die Einführung demokratischer Strukturen, Ende der Korruption und Verbesserung der sozialen Lage. Trotz der zahlreichen Todesopfer, die das brutale Vorgehen saudischer und bahrainischer Sicherheitskräfte auf Seiten der Demonstranten forderte, ließ sich die EU zu keiner Verurteilung der saudischen und bahrainischen Regierungen hinreißen. Vielmehr unterstützte sie deren Vorgehen. So reagierte Robert Cooper, der außenpolitische Berater der EU-Außenbeauftragten Cathrin Ashton, auf die Vorfälle mit den Worten: "Unfälle kommen vor."

Man muss verstehen, dass die Autoritäten das Recht hatten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, und das ist es, was sie getan haben.¹³

Ob eine Rebellion als eine Befreiungsbewegung gegen einen tyrannischen Diktator oder als anarchischer Aufstand deklariert wird, bei dem die Herrschenden das Recht haben, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, hängt demzufolge primär von den strategischen Implikationen ab, die eine solche Umwälzung mit sich führt. Beispielsweise sieht man in Libyen und Syrien die Möglichkeit, durch Unterstützung bestimmter Akteure die eigenen Einflussmöglichkeiten in diesen Ländern auszubauen, was bei den vorherigen Herrschaftsverhältnissen kaum möglich war. Deshalb leistete der Westen im Falle Libyens direkte militärische Unterstützung des Aufstandes, u.a. durch den Einsatz der Luftwaffe sowie die Einrichtung von Flugverbotszonen und war hierdurch maßgeblich am Sturz von Machthaber Muhammad al-Gaddafi beteiligt. In Syrien erfolgt eine indirekte Unterstützung durch die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien, die auf einen gewaltsamen Sturz Bashar al-Assads hinarbeiten. Als Lohn für ein solches Engagement, das zwangsläufig zur extremen Eskalation der Konflikte beiträgt, erhofft man sich, nach einem Regimewechsel direkten Einfluss auf die dortigen, zukünftigen Regierungskreise zu gewinnen und somit westliche Interessen vor Ort effizienter durchsetzen zu können. Man nimmt durch solches Handeln mehr oder weniger bewusst die Entstehung eines „failed state“ in Kauf, für die Aussicht auf eine Möglichkeit, sich strategisch besser in der Region positionieren zu können.

13 Rettman, Andrew: Top EU official defends Bahrain crackdown, [euobserver](#), 23.03.2011.

Eine wesentliche Motivation hinter den Waffenlieferungen an die Staaten des GCC besteht deshalb darin, deren Möglichkeiten auszubauen, in regionale Konflikte einzugreifen zu können. Die Risiken einer militärischen Intervention in Bürgerkriegen sollen quasi „outgesourced“ werden. Der Spiegel beschreibt daher den Kern der Merkel-Doktrin mit dem Motto „Panzer statt Soldaten“¹⁴ und vergleicht sie recht zutreffend mit der Nixon-Doktrin von 1969. Damals verkündete Präsident Nixon, als Lehre aus dem Krieg in Vietnam, dass die USA sich in Zukunft bei Interventionen zurückhalten und stattdessen strategische regionale Partner aufrüsten werde: „Merkels Vietnam heißt Afghanistan. Die Bilanz des Westens nach elf Jahren militärischem Einsatz ist aus ihrer Sicht entmutigend.(...) Merkel hat daraus den Schluss gezogen, dass die Bundesregierung die Beteiligung an Militärinterventionen um fast jeden Preis vermeiden müsse. Stattdessen sollen ausgewählte Verbündete beim Kampf gegen den Terror oder als Gegengewicht zu Problemstaaten unterstützt werden.“¹⁵

Für die deutsche Regierung stellt sich der neue sicherheitspolitische Kurswechsel als absolute Gewinnsituation dar. Man fördert die heimische Waffenproduktion, spült Geld in die Kassen und spart sich zugleich noch die kostspielige und immer schwerer innenpolitisch durchzusetzende Entsendung deutscher Soldaten, um sicherheits- und machtpolitische Interessen zu verfolgen. Diese Arbeit wird anderen überlassen, die dabei noch wesentlich effizienter vorgehen können, weil sie sich nicht mit demokratischen Parlamenten oder der Einhaltung von Menschenrechten herumärgern müssen.

Das Beispiel der Waffenlieferungen in die GCC-Staaten zeigt, wie das Gestaltungsmächtekonzept gekoppelt mit der Merkel-Doktrin den sicherheitspolitischen Kurswechsel der BRD einleitet. Die Möglichkeiten, mit Rüstungsexporten gezielt Weltpolitik zu gestalten, sollen massiv ausgebaut werden. Das Problem dabei sind nur die restriktiven Waffenexportrichtlinien. Dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen, war der Zweck eines Papiers mit dem Titel „Erweiterung der Nato-Agenda: Rüstungskooperation mit Nato-Partnern“, welches die deutsche Delegation im Mai 2012 beim Natogipfel in Chicago vorgelegt hat. Darin wird vorgeschlagen, dass die NATO eine Liste von Drittstaaten bestimmen solle, an die Natostaaten aus strategischen Gründen schwere Waffen ohne Exportbeschränkungen liefern können, unter anderem wurden hierbei die GCC-Staaten als mögliche Empfänger explizit benannt.¹⁶

Dadurch soll der Handlungsspielraum der Regierung erweitert werden, Richtlinien bei Waffenexporten zu umgehen. Bisher lauten die Bestimmungen: „Lieferungen von Rüstungsgütern in sog. ‚Drittländer‘, d.h. Staaten, die nicht EU- oder NATO-Mitglieder

bzw. den NATO-Mitgliedstaaten gleichgestellt (Australien, Neuseeland, Schweiz, Japan) sind, werden restriktiv gehandhabt.“¹⁷ Die erweiterte Liste der Drittstaaten hätte zur Folge, dass die angeblich „restriktive“, in Wirklichkeit ohnehin schon äußerst lax und einer demokratischen Kontrolle entzogene Genehmigung von Waffenlieferungen in Staaten außerhalb der NATO noch problemfreier durchzuführen wäre. Bisher musste noch argumentiert werden, dass „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“¹⁸ den Export rechtfertigen. Durch eine Liste von Drittstaaten, in die Waffen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit Nato-Richtlinien geliefert werden können, würde dieser Argumentationsdruck entfallen. „Faktisch würde eine solche Reform die deutschen Hürden bei Rüstungsexporten aushebeln.“¹⁹ Lediglich ein Verweis auf diese besagte Liste würde dann ausreichen, die Restriktionen des deutschen Waffenexportgesetzes außer Kraft zu setzen. Besonders Exporte in Krisenregionen wie den Persischen Golf, die nach geltendem Recht theoretisch nicht zu genehmigen wären, würden dadurch komplett legalisiert.

Gestaltungsmächtekonzept und Merkel-Doktrin, die sich im Papier zur Drittstaatenregelung offiziell manifestiert, stellen zusammen einen noch nie da gewesenen Paradigmenwechsel im Bezug auf Waffenexporte aus Deutschland dar. Im „Newsletter Verteidigung“ wird dies als „Kehrtwende in der nationalen Exportpolitik“²⁰ umjubelt. Es sei positiv zu bewerten, dass selbst das Auswärtige Amt, welches „in der Vergangenheit viel dazu beitrug, Rüstungsexporte deutlich zu verzögern oder gar ganz zu verhindern, (seine) industrie feindliche Haltung“²¹ aufgegeben habe. Wird diese Kehrtwende umgesetzt, wäre der Weg frei für einen nahezu unregulierten Waffenhandel mit den autoritären und repressiven Regimen in der Golfregion und einer auf militärischer Aufrüstung basierenden Geopolitik der BRD.

4. Neustrukturierung des Mittleren Ostens: Waffen wider die Menschenrechte

In den Medien wurde über die untragbare Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien viel berichtet. Aber angesichts der Wortwahl im Gestaltungsmächtekonzept, welches dem außenpolitischen Handeln der Bundesregierung zugrunde liegen soll, und den Verlautbarungen Angela Merkels hinsichtlich der Waffenlieferungen in den Mittleren Osten ist es aufschlussreich, sich zu verdeutlichen, wie groß die Kluft zwischen vollmundig vorgetragenen humanistischen Ambitionen und realem Regierungshandeln ist.

Im Gestaltungsmächtekonzept wird formuliert, dass Deutschland für die „unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechte sowie (für) die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau“²² eintritt und den „Aufbau funktionsfähiger und legitimer demokratischer staatlicher Strukturen“²³ sowie „rechtsstaatlicher Strukturen“²⁴ fördern will. Ebenso ist, wie bereits erwähnt, in den Auslassun-

14 Panzer statt Soldaten, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.

15 Ebd. Unzutreffend ist dabei lediglich die Einschätzung, dass Merkel „um jeden Preis“ die Entsendung deutscher Soldaten verhindern will. Zurückhaltung wäre der wohl passendere Begriff, denn deutsche Militäreinsätze sind nach wie vor eine sehr realistische Option, wie dies auch in einer Rede des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik klargestellt wird: „Niemand von uns drängt sich nach Einsätzen. Aber wenn sie politisch gewollt und entschieden sind, muss die Bundeswehr einsatzbereit und einsatzfähig sein. Als Mitglied der internationalen Gemeinschaft wird Deutschland künftig eher häufiger gefragt werden, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen – auch militärisch. Auf diese Anfragen müssen wir angemessene und glaubhafte Antworten geben können, positive und negative, bündnistreu und selbstbewusst.“ (Rede des Verteidigungsministers: Die Neuausrichtung der Bundeswehr, www.bmvg.de).

16 Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.

17 Nationale Exportkontrolle, 07.12.2011, www.auswaertiges-amt.de.

18 ebd.

19 Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.

20 Newsletter Verteidigung, Ausgabe 31/2012.

21 ebd.

22 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, a.a.O., S.7.

23 a.a.O. S.23.

24 a.a.O. S.27.



Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und Katar sollen nicht nur Geld in die Taschen der Rüstungskonzerne spülen, sondern auch die strategische Position Deutschlands in der Region verbessern. Foto: Leopard 2 PSO-Prototype 2008, Quelle: Veppar, Wikipedia.

gen der Bundeskanzlerin zu den Panzerlieferungen nach Katar von „klaren und weithin anerkannten Prinzipien“ die Rede. Diese klaren und anerkannten Prinzipien wurden im Jahr 2000 in den „Politische(n) Grundsätze(n) der Bundesregierung für Rüstungsexporte“ festgelegt. Diese besagen: „Rüstungsexporte, also Ausfuhren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, sowie Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (d.h. Güter, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden können), die militärisch genutzt werden sollen, werden grundsätzlich nicht genehmigt, wenn der ‚hinreichende Verdacht‘ besteht, dass das betreffende Rüstungsgut (Waffen, Munition, besonders konstruierte Fahrzeuge, aber auch Software) zur internen Repression oder zu sonstigen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden kann. Dabei spielt die allgemeine Menschenrechtssituation im Bestimmungsland eine wichtige Rolle.“²⁵

Sieht man sich die Gegebenheiten in Saudi-Arabien an, das über 200 Leopard 2 Panzer erhalten soll,²⁶ ist es klar, dass es keineswegs um moralische Erwägungen geht, sondern um die knallharte Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen im Mittleren Osten. Die gewählten Formulierungen über Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die üblichen Floskeln, die lediglich die wahren strategischen Implikationen bei diesen Rüstungsdeals verschleiern sollen. Denn in wirklich allen Belangen verletzt Saudi-Arabien die Kriterien für die Durchführung von Waffenexporten und die im Gestaltungsmächtekonzept beschriebenen Vorgaben.

In Saudi-Arabien herrscht die Scharia. Wenn in anderen Staaten von religiösen Gruppierungen die Einführung der Scharia gefordert wird, ist der Aufschrei in den Medien und unter Politikern groß.²⁷ In Saudi-Arabien ist die Scharia als geltendes Rechtssystem seit der Gründung 1932 politische Realität. Zudem herrscht dort die hanbalitische Auslegung der Rechtsprechung. Der Hanbalis-

mus stellt die rigideste Form der vier islamischen Rechtsschulen dar. Zurück geht er auf die Interpretation religiöser Texte durch Ahmad ibn Hanbal (780-855) und sieht unter anderem die Todesstrafe für Homosexualität, Ehebruch und Apostasie vor.²⁸ Soweit zur Förderung rechtsstaatlicher Strukturen.

Fast schon zynisch wird es, wenn im Gestaltungsmächtekonzept von der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die Rede ist. Hier sei nur eins von unzähligen Beispielen angeführt, wie Frauenrechte im saudischen Königreich verstanden werden: So wurde eine 23-jährige Frau im Februar 2009 „von fünf Männern vergewaltigt, nachdem sie in deren Auto eingestiegen war. Ein Bezirksgericht in Jiddah verurteilte (sie) wegen außerehelichen Geschlechtsverkehr und versuchter Abtreibung zu einem Jahr Freiheitsentzug und 100 Peitschenhieben. Ob auch ihre Vergewaltiger strafrechtlich verfolgt wurden, ist nicht bekannt.“²⁹ Generell dürfen Frauen nicht Auto fahren und stehen unter männlicher Vormundschaft. König Abdallah hat zwar ein paar eher marginale Reformen bezüglich der Frauenrechtssituation durchgesetzt³⁰, dass sich an der Lage jedoch grundsätzlich etwas ändern wird, ist nicht zu erwarten, auch weil Abdallah mittlerweile 88 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen ist und Prinz Salman bin Abdelaziz als designierter Nachfolger gilt. Diesem werden gute Kontakte zum erzkonservativen Klerus nachgesagt³¹, was die Hoffnung auf eine Liberalisierung in Saudi Arabien nicht unbedingt hebt. In den restlichen GCC-Staaten ist die Lage zwar nicht ganz so schlimm, aber dennoch ähneln sie sich allesamt in ihren autokratischen und frauenfeindlichen, patriarchalen Strukturen. Der Aufbau funktionsfähiger und legitimer demokratischer staatlicher Strukturen wird durch die Zusammenarbeit mit dem GCC nicht gefördert, sondern torpediert, und zwar im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Es ist die eine Sache, dass die Mitgliedsstaaten des Kooperationsrates allesamt autoritäre Monarchien

25 Nationale Exportkontrolle, 07.12.2011, www.auswaertiges-amt.de.

26 Das Statement Merkmals bezieht sich zwar im gegebenen Fall auf Katar, aber die von ihr erwähnten Prinzipien sind genereller Natur.

27 Das befreite Libyen ist mit sich und Gott allein, Die Welt, 30.10.2011, www.welt.de.

28 Starkes Bündnis zwischen Herrschern und Gelehrten, 19.12.2007, www.qantara.de.

29 Amnesty International: Jahresbericht 2010, www.amnesty.de.

30 Revolution auf saudische Art, www.zeit.de.

31 Abdullah ernennt Verteidigungsminister zum Kronprinzen, 18.06.2012, www.spiegel.de.

sind und die Machthaber dort keinerlei Interesse haben, das System nur ansatzweise effektiv zu reformieren und demokratische Strukturen aufzubauen. Der ausschlaggebendere Punkt ist jedoch, dass der GCC bemüht ist, autoritäre Strukturen in der ganzen Region zu fördern. So wurde im Zuge der Arabellion den Königreichen Marokko und Jordanien angeboten, dem GCC beizutreten, was wohl weniger auf geographischer Nähe als auf politischer Affinität beruhen dürfte. Der Kooperationsrat kann in dieser Hinsicht als ein „Club der Monarchien“ verstanden werden, dessen Ziel es ist, autoritäre, traditionalistische Herrschaftsverhältnisse in der Region zu stabilisieren.³²

Desweiteren bemühen sich die Golfstaaten in den Republiken im Mittleren Osten den Einfluss religiös-konservativer Kräfte zu fördern, zu Ungunsten progressiver und säkularer Strömungen. Vor allem Saudi-Arabien versucht, den reaktionären Wahabismus³³ in muslimischen Ländern zu verbreiten: „Mittlerweile hat sich der Einfluss der Wahabiten weit über die Grenzen des Königreiches ausgedehnt - obwohl der saudische Staat extremistische Strömungen zumindest offiziell zu unterbinden versucht. 'Dass es auch eine substaatliche Strömung gegeben hat, spürt man jetzt in einigen Staaten in der Region, nämlich überall dort, wo die Salafisten sehr stark vertreten sind', sagt Guido Steinberg. Das gilt zum Beispiel für Ägypten und Tunesien. (...) Aber auch außerhalb des arabischen Raums mischen die Wahabiten mit. 'Die Saudis haben in den vergangenen Jahrzehnten, besonders seit Beginn der 1960er Jahre, sehr viel Energie in die Verbreitung dieser Lehre gesteckt. (...) Vor allem dort, wo sie mit recht wenig Widerstand zu rechnen hatten: in Westafrika, in Südasien, in Südostasien, aber auch in der westlichen Welt und in Europa'.“³⁴ Ähnlich verhält es sich mit Katar: „Die Führung in Doha scheint zu glauben, dass die Muslimbrüder und viele Salafisten eine Islaminterpretation vertreten, die mit der in Katar vorherrschenden Wahabyya vereinbar ist.“³⁵

Beispielhaft in diesem Sinne ist auch das Verhalten des Emirats Katar in der Libyenkrise, welches sich bereit erklärte, die Nato bei ihren Luftangriffen sowie die dortigen Rebellen mit Waffen- und Munitionslieferungen zu unterstützen. Damit hat Katar gezeigt, dass es bereit ist, sich im Merkelschen Sinne zu „engagieren“. Das Problem mit diesem Engagement ist jedoch, dass dieser reaktionär religiöse Staat seine Hilfe vor allem ideologisch nahestehenden islamistischen Gruppen angedeihen lässt: „Katar dirigierte Geld und Waffen in erster Linie an islamistische Rebellen, nur ein kleiner Teil ging an den Nationalen Übergangsrat. In Bengasi wurden vor allem Milizen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft beliefert, in den westlichen Bergen die Einheiten des ehemaligen Jihadisten und späteren Militärkommandeurs von Tripolis, Abdalhakim Belhaj.“³⁶

Eine Ursache für die Schlagkraft militanter, fundamentalistischer Kräfte in Libyen ist zumindest zum Teil in ihrer Aufrüstung durch die GCC-Staaten zu sehen. In Syrien geht dieses Spiel weiter. Dort werden ebenfalls vor allem die religiösen Kräfte von den Monarchien am Golf mit Waffen und Geld versorgt. Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Partnerschaft der BRD mit Staaten wie Katar und Saudi-Arabien geht demnach einher mit der mili-

tärischen Stärkung islamistischer Kräfte in den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten. Durch die militärische Unterstützung sind sunnitische, religiöse Kräfte mittlerweile tonangebend beim bewaffneten Kampf gegen das Assad-Regime. Dies ist ganz im Sinne der Golfmonarchien, die sich nach deren Sieg die Erweiterung ihrer Einflussphäre erhoffen, und entspricht auch dem Kalkül der Bundesregierung, die erwartet, durch die Gestaltungsmacht GCC als Transmissionsriemen der deutschen Außenpolitik die Geschicke des Landes nach ihren Interessen lenken oder zumindest beeinflussen zu können.

Das Problem dabei ist nur, dass das säkulare Baath-Regime unter Assad, obwohl es auf einer Minderheitenherrschaft der Alawiten beruht, generell auf einen Ausgleich zwischen den Konfessionen bedacht war. Die vom GCC unterstützten Kräfte zielen aber auf eine konfessionell fundierte Herrschaft der Sunniten ab, die die Bevölkerungsmehrheit stellen. Bei den religiösen Minderheiten, wie den Christen, Drusen und natürlich auch den Alawiten, sowie den säkular eingestellten Bevölkerungsteilen stößt dies nachvollziehbarerweise auf Ablehnung. Vor diesem Hintergrund kann man auch verstehen, warum Assad trotz seines menschenverachtenden Vorgehens immer noch Rückhalt in der Bevölkerung und im Militär genießt. Für religiöse Minderheiten und Säkulare stellen sich die Alternativen zum Baath-Regime wie folgt dar: Entweder eine autoritär-religiöse, konfessionalistische Regierung, die mit der massiven Beschneidung religiöser und persönlicher Freiheiten einhergeht, oder ein auf unbestimmte Zeit andauernder Bürgerkrieg, der dann als Stellvertreterkonflikt zwischen diversen Regional- und Großmächten ausgetragen wird.

Dabei ist ja bekannt, welche Auswirkungen ein solches Agieren nach dem Schema „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ haben kann. Die Fälle Afghanistan und Palästina haben dies verdeutlicht. Bekannterweise unterstützten die USA im Kalten Krieg die Taliban gegen die Sowjets sowie die Hamas als Gegengewicht zur „sozialistischen“ PLO. Die Folge war die Entstehung nicht mehr zu kontrollierender radikalreligiöser Organisationen. Nichtsdestoweniger wird diese Politik weiter fortgeführt. Mit dem Umweg über den GCC werden die Gegner des gemeinsamen Feindes, in Libyen namentlich Gadhafi, in Syrien Assad, mit Waffen versorgt, was einen kurzfristigen strategischen Erfolg mit sich bringt. Nach dem Sturz der Regime bleiben die Waffen jedoch weiter im Besitz dieser Kräfte. Die Angriffe von islamistischen Kämpfern auf das US-Konsulat in Bengasi könnten die Vorboten der weitreichenden, unkontrollierbaren Folgen sein, die aus der Aufrüstung dieser „strategischen“ Partner resultieren.

Was die Richtlinien für Rüstungsexporte betrifft, nach denen, wie erwähnt, Waffenlieferungen nicht zu genehmigen sind, falls der hinreichende Verdacht besteht, dass Rüstungsgüter zur inneren Repression verwendet werden könnten, so werden diese ebenfalls eindeutig verletzt. Es besteht nicht nur der „hinreichende Verdacht“, dass militärische Mittel zur inneren Repression innerhalb des GCC eingesetzt werden, sondern mit den Vorfällen in Bahrain im Jahr 2011 ein offenkundiger Beweis, dass das saudische Militär bereit ist, Kriegsgerät gegen zivile Aufstände anzuwenden. Nachdem die Proteste gegen die dortige Herrscherfamilie al-Chalifa ein Ausmaß annahmen, dem die eigenen militärischen Kräfte nicht mehr Herr werden konnten, bat der Emir Hamad bin Isa al-Chalifa Saudi-Arabien um Hilfe. Kurz darauf rückten saudische Panzerkontingente über die Landbrücke nach Bahrain vor, um die dortigen Sicherheitskräfte dabei zu unterstützen, die Demonstrationen mit massiver Gewalt niederzuschlagen.³⁷

32 Colombo, Silvia: The GCC Countries and the Arab Spring, *IAI Working Papers* 12/09, Rom, 2012, S.10.

33 Der Wahabismus ist die in Saudi-Arabien herrschende Religionspraxis. Sie geht auf eine religiöse Reformbewegung von Muhammad ibn Abd al-Wahab zurück und basiert auf einer streng dogmatischen Auslegung des Koran und der hanbalitischen Rechtslehre.

34 Der finanzielle Spielraum der Saudis, www.dw.de.

35 Steinberg, Guido: Katar und der arabische Frühling, *SWP-Aktuell*, Februar 2012, S.4.

36 a.a.O., S.5.

37 Der Dominostein am Persischen Golf, *Le Monde Diplomatique*, 10.06.2011, www.monde-diplomatique.de.



Treffen zwischen dem Generalsekretär des Golfkooperationsrats Abdul Latif Bin Rashid Al Zayani und Catherine Ashton, Außenbeauftragte der Europäischen Union, Quelle: Europäische Kommission.

Es könnte gut sein, dass in Zukunft Leopard 2 Panzer für ein solches Vorgehen benutzt werden. Aber wegen der massiven strategischen Interessen müssen solche Überlegungen aus Sicht der deutschen Regierung hinten angestellt werden. Zu wichtig ist die geopolitische Bedeutung der Region, als dass man besondere Rücksicht auf die Menschenrechtssituation vor Ort nehmen könnte, wie dies auch der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Martin Lindner, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk betonte: „Die Menschenrechte sind ein relevanter Faktor nach den Richtlinien. Die spielen eine Rolle. Aber in den Richtlinien steht ganz klar: Die außen- und sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes sind prioritär.“³⁸

Ebenso wird die innenpolitische Dynamik in den einzelnen GCC-Staaten nicht ausreichend berücksichtigt. Es heißt, die GCC-Staaten seien die Stabilitätsanker in der Region. Wie lange dies so bleibt, ist ungewiss. Es besteht die Gefahr, dass nach dem Tod einzelner Potentaten ein friedlicher Machttransfer nicht gewährleistet ist.³⁹ So sind in den Zielstaaten der deutschen Panzerlieferungen, Saudi-Arabien und Katar, massive interne Machtkämpfe innerhalb der Herrscherhäuser zu beobachten. In beiden Ländern besteht ein Konflikt über die Thronfolge⁴⁰, der enorme Auswirkungen auf die innere Stabilität dieser Staaten haben könnte. Dies gilt vor allem für Katar und das dortige Herrscherhaus Al-Thani: „Die Al-Thani sind mit mehreren tausend Mitgliedern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die größte Herrscherfamilie in der arabischen Welt und auch nach absoluten Zahlen eine der größten. Immer wieder hat es heftige Flügelkämpfe gegeben, so dass keiner der fünf Thronwechsel im 20. Jahrhundert (1913, 1949, 1960, 1972 und 1995) ohne hitzige Auseinandersetzungen vonstattenging. Zuletzt setzte der jetzige Emir seinen Vater Khalifa 1995 in einem unblutigen Staatsstreich ab. In mehreren Fällen hat die saudi-arabische Führung versucht, die Thronfolge zu beeinflussen. 1996 soll sie sogar hinter einem Putschversuch gegen den neuen Emir gestanden haben, um

dessen abgesetzten Vater an die Macht zu bringen.“⁴¹

Aber man gibt sich der Illusion hin, dass solche Eigendynamiken kontrollierbar seien, wie dies in einem Kommentar von Felix Seidler zu den Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien auf der Website der Atlantischen Initiative verdeutlicht wird: „Durch den Verkauf der Leopard kriegen wir dort einen Fuß in die Tür. Richtig, das Risiko, dass die Panzer zu falschen Zwecken eingesetzt werden, ist da. Aber indem wir die Saudis von unseren Ersatzteillieferungen abhängig machen, behalten wir zumindest teilweise die Kontrolle. Nehmen wir an, Saudi-Arabien kippt. Dann wäre es doch zu begrüßen, wenn wir die richtigen Telefonnummern haben und die entscheidenden Figuren kennen, um in kritischen Phasen auf Saudi Arabiens Militär einwirken zu können. Damit Panzer, egal von welchem Hersteller, eingesetzt werden, muss ein Offizier den Befehl dazu erteilen! Heißt, wir müssen uns den Einfluss auf diese Offiziere, vor allem auf den Nachwuchs sichern.“⁴² Rüstungsexporte in die GCC-Staaten sollen also auch die Eskalationsdominanz der BRD bei einem möglichen Sturz der Golfmonarchien sichern. Angesichts der Vielzahl an radikalen Kräften und der Unüberschaubarkeit möglicher Eigendynamiken in der Region ist dies ein äußerst gefährliches Spiel mit dem Feuer. Falls die Strategie, die Felix Seidler benennt, nicht aufgeht, hat man es mit durch deutsche Waffen extrem gut gerüsteten Bürgerkriegsparteien zu tun. Die Hoffnung, diese durch Ersatzteillieferungen oder richtige Telefonnummern kontrollieren zu können, ist fern jeglicher Realität.

5. Der Golfkooperationsrat und die regionale Konfliktkonstellation

Die Gründung des Golfkooperationsrats 1981 ist als Reaktion auf die iranische Islamische Revolution von 1979 zu verstehen. Revolutionsführer Ayatollah Khomeiny machte damals deutlich, dass seine politischen Ziele nicht allein auf das Land beschränkt werden sollten: „Unsere Revolution endet nicht an den Grenzen des Iran. Wirtschaftliche und politische Widrigkeiten sollten uns nicht davon abhalten, das grundsätzliche Ziel aufzugeben, die

38 Markt oder Moral im Waffengeschäft, Deutschlandfunk, 27.02.2012, www.dradio.de.

39 Sowohl die gesundheitliche Verfassung des Emirs von Katar als auch die des Königs von Saudi-Arabien legen nahe, dass es in absehbarer Zeit zu einem Thronwechsel in diesen Ländern kommen wird.

40 Zu Konflikten über die Thronfolge in Saudi-Arabien vgl. Steinberg, Guido: Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, *SWP-Berlin*, Dezember 2008, S.10.

41 Steinberg, Guido: Katar und der arabische Frühling, *SWP-Aktuell*, Februar 2012, S.7f.

42 Endlich reinen Wein einschenken! Zu Rüstungsexporten und roten Tüchern deutscher Debatten, 10.07.2012, www.atlantische-initiative.org.

Cooperation Council for the Arab States of the Gulf Golfkooperationsrat



Mitglieder des Golfkooperationsrat, Karte: IMI 2012.

hohen Ideale der Islamischen Revolution zu verbreiten. Die wahre Bedeutung unserer Revolution ist die Erweckung der Muslime und ihrer Regierungen, sodass sie sich aus eigenem Antrieb ändern, und verhindern, dass ihre wertvollen Ressourcen von anti-muslimischen Fremden geplündert werden.⁴³

Eine solche Rhetorik führte natürlich dazu, dass sich die Golfstaaten massiv in ihrer Existenz bedroht sahen. Das Bedrohungsszenario, welches auf der arabischen Halbinsel vorherrschte, war nicht das eines direkten Angriffs durch den Iran, sondern die Furcht vor einem Aufstand der schiitischen Minderheiten und einem Sturz der sunnitischen Monarchien am Persischen Golf. Schiiten sind eine beachtliche Minderheit in Qatar sowie den VAE und stellen in Bahrain sogar mit 70% die Mehrheit der Bevölkerung.⁴⁴ In Saudi-Arabien sind sie zwar zahlenmäßig nicht stark vertreten, bewohnen aber vor allem die erdölreiche Provinz Hasa mit den wichtigsten Ölförderanlagen und Raffinerien des Königreichs, was sie in den Augen der Königsfamilie zu einer potentiellen Gefahr für die Integrität ihrer Herrschaft machte.⁴⁵

Diese Befürchtungen waren auch zum Teil berechtigt. Direkt nach der iranischen Revolution kam es zu einem Vorfall, der bis heute für das saudische Königshaus im Besonderen, aber auch für die restlichen sunnitischen Golfmonarchien ein Trauma darstellt. Während der Hajj 1979 besetzte die Mahdi-Bewegung, eine schiitische Organisation, die enge Verbindungen zum Iran nachgesagt wurden, die Große Moschee von Mekka und versuchte, Mitglieder des saudischen Königshauses als Geiseln zu nehmen. Es war der Versuch eines Staatsstreiches und der Errichtung einer islamischen Republik nach iranischem Vorbild. Die Besetzung der Moschee in Mekka stellte zudem die religiöse Legitimität der saudischen Herrscherfamilie als Hüter der zwei heiligen Stätten des Islam, Mekka und Medina, in Frage.⁴⁶

Ebenso gab es damals in Bahrain Aufrufe durch iranische Radiosender, die forderten, die schiitische Bevölkerung solle das System stürzen und zu einer islamischen Republik wandeln. Es folgten Aufstände und Demonstrationen, die eine ernsthafte Gefahr für die Herrscher darstellten. Im Zuge dieser Ereignisse festigte

sich das in der von Sunniten dominierten arabischen Halbinsel bis heute vorherrschende Bild von den Schiiten als Fünfter Kolonne des Iran.⁴⁷

Letztendlich führten diese Vorkommnisse zur Gründung des GCC im Jahr 1981. Seitdem lässt sich beobachten, dass die Zielsetzung des GCC weniger auf eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Abwehr gegen eine externe militärische Bedrohung gerichtet ist, sondern vor allem auch gegen innere Kräfte, die die dortigen Herrschaftssysteme in Frage stellen oder gefährden könnten. Der GCC hat es bisher nicht vermocht, als verteidigungspolitische Allianz ein strategisches Gegengewicht zu dem als potentielle Bedrohung empfundenen Iran darzustellen. Es gibt bisher auf militärischem Gebiet kaum relevante Zusammenarbeit, keine gemeinsamen Manöver, kein gemeinsames Training und keine aufeinander abgestimmten Waffensysteme.⁴⁸ Dies liegt unter anderem an den Befürchtungen der kleineren GCC-Staaten, dass bei engerer militärischer Kooperation Saudi-Arabien seine hegemoniale Stellung im Kooperationsrat weiter ausbauen könnte.

Auf der Ebene der Inneren Sicherheit gab es jedoch wesentliche „Fortschritte“. So teilen sich die Golfstaaten Ausrüstung zur Bevölkerungskontrolle, koordinieren gemeinsames Training zur Aufstandsbekämpfung und haben gemeinsame Experten auf diesem Gebiet. Noch viel ausschlaggebender ist der Informationsaustausch der Nachrichtendienste. Die ersten bilateralen Verträge zur gemeinsamen Koordination der Geheimdienste wurden 1981 zwischen Bahrain und Saudi-Arabien geschlossen. Weitere Abmachungen folgten, bis schließlich 1987 ein multilaterales Abkommen aller GCC-Staaten zum Austausch von Geheimdienstinformationen verabschiedet wurde. Somit wurde ein höchst effektives Zusammenarbeiten der Inlandsgeheimdienste der Golfstaaten sowie grenzübergreifende Polizeiarbeit ermöglicht.⁴⁹

Der GCC ist also vor allem auch eine Plattform, um Repressionsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung zu koordinieren. Wenn die Bundesregierung Waffen an diese Staaten verkauft, kann deshalb angenommen werden, dass diese gegen oppositionelle Kräfte im Inneren, die sich aufgrund ihrer sozialen Marginalisierung nicht nur, aber zu großen Teilen aus Schiiten zusammensetzen, eingesetzt werden könnten. Dies wird jedoch nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern ist auch geopolitisches Kalkül. Stabilität in der Region ist das Ziel, dem alles untergeordnet wird. Die Wahl der

43 Pradhan, Prasanta Kumar: The GCC-Iran Conflict and its Strategic Implications for the Gulf Region, in: Strategic Analyses, Routledge, London, 2011. S.266.

44 www.statista.com.

45 Cooper, Scott: State-Centric Balance of Threat Theory, in: Security Studies, Volume 13, 2003. S.314.

46 ebd.

47 Sunna gegen Schia, 11.05.2012, www.monde-diplomatique.de.

48 The Military Balance, Routledge, London, 2012. S.307.

49 Cooper, Scott: State-Centric Balance of Threat Theory, in: Security Studies, Volume 13, 2003, S.310.

Mittel zur Durchsetzung dieser Stabilität und die daraus resultierenden negativen Folgen für die dortige Bevölkerung sind dabei nebensächlich. Dabei folgen die Golfstaaten wie die Westmächte demselben Narrativ: Schiitische Minderheiten sind die Fünfte Kolonne des Iran und ihre Marginalisierung und Repression dient dem geostrategischen Ziel der Eindämmung des Iran und seiner regionalen Hegemonialbestrebungen.

Allerdings hat sich seit den Neunzigern ein paradigmatischer Wechsel in der Außenpolitik des Iran vollzogen. „Nach dem Tod Ayatollah Khomeinis 1989 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran zunehmend, da sich die Führer nach Khomeiny, Ali Akbar Hashemi Rafsanjani und Mohammad Khatami, weniger konfrontativ gaben. Besonders Khatami versuchte die Beziehungen mit Ryadh zu verbessern und verdeckte, subversive Aktionen von iranischer Seite zu beenden. 1999 war er der erste Präsident, der Saudi-Arabien besuchte, wo er offen empfangen wurde.“⁵⁰

Höhepunkt dieser Annäherung war die Einladung des aktuellen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad auf den jährlichen GCC-Gipfel in Doha 2007, wo er ein umfassendes Programm für die weitere Konsolidierung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten des Persischen Golfs vorlegte. Dieses beinhaltete unter anderem Pläne zur Errichtung einer Kooperations- und Sicherheitsorganisation am Persischen Golf unter Einbeziehung der sechs GCC-Staaten sowie des Iran und des Irak. Ferner sah es die graduelle Beseitigung aller politischen, sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Restriktionen sowie vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Nukleartechnik und damit einhergehend die Gründung eines Konsortiums zur Urananreicherung vor. Weiter sollten ernsthafte Bemühungen zur Kooperation der regionalen Staaten für einen Mittleren Osten frei von Massenvernichtungswaffen forciert werden sowie das Ende des Wettrüstens. Allerdings beinhaltete das Programm auch die Forderung, jegliches ausländische militärische Personal, gemeint waren damit natürlich die US-Streitkräfte am Golf, zum Verlassen der Region aufzufordern und eine rein regionale Sicherheitsstruktur zu bilden.⁵¹

Der Wille zur Kooperation mit dem GCC war von Seiten des Iran also gegeben. Allerdings war die Gefahr aus Sicht des GCC vor einer hegemonialen Stellung des Iran, die bei dem Abzug der US-Truppen entstehen könnte, zu groß, als dass man sich auf diese Vorschläge einlassen wollte. Die USA wandten sich vehement gegen eine solche Annäherung, würde eine solche Sicherheitskooperation ihren strategischen und militärischen Einfluss auf den Persischen Golf schließlich massiv schmälern. Beides führte dazu, weiter eine auf militärische Abschreckung setzende Strategie zu verfolgen. Die Vorschläge des Iran wären ein gutes Mittel gewesen, die spannungsgeladene Situation am Persischen Golf zu beruhigen. Das tiefsitzende Misstrauen der GCC-Staaten und der militärische Einfluss der USA in der Region trugen jedoch dazu bei, konfrontative Politik einer Annäherung vorzuziehen.

Dies führte natürlich auch im Iran zu einer reaktiven, konfrontativen Politik. Betrachtet man die geostrategische Position des Iran, wird klar, dass die aggressive Rhetorik Ahmadinejads oder Ali Khameneis zu einem großen Teil auch aus dem Gefühl massiver Bedrohung resultiert. Die iranische Regierung sieht sich umgeben von Feinden und hat mit dieser Einschätzung nicht einmal so Unrecht. Mit der Invasion amerikanischer Streitkräfte in Afghanistan und

im Irak hat der Iran Truppen des erklärten Erzfeindes direkt an seiner Landesgrenze stationiert, ebenso agieren sie im benachbarten Pakistan. Besonders bedrohlich ist aber natürlich auch die massive Militärpräsenz der USA in den Golfstaaten selbst, vor allem das Hauptquartier der 5. US-Flotte in Bahrain, aber auch Stützpunkte in Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Wenn von iranischer Seite dann versucht wird, seinerseits auf diese Umzingelung zu reagieren und strategische Bündnisse mit Staaten wie Syrien oder Organisationen wie der Hizbullah auszubauen, wird dies häufig als Ausdruck iranischen Hegemonialstrebens bewertet. Dabei machen die Vorschläge Ahmadinejads in Doha deutlich, dass dem Iran eher an einer schrittweisen Annäherung an seine Nachbarn am Persischen Golf gelegen ist als an einer expansiven Politik. Mit einer solchen Politik könnte weit mehr zur Entspannung in dieser Region beigetragen werden als durch reine militärische Abschreckung. Vor allem die vertrauensbildenden Maßnahmen in der Nukleartechnik und die Bildung eines Konsortiums zur Urananreicherung hätten eine Eskalation im Nuklearstreit abwenden und den Iran zu mehr Offenheit bezüglich seiner nuklearen Ambitionen bewegen können, als dies durch permanente, mehr oder weniger offene Kriegsdrohungen von Seiten Israels und der USA und harte wirtschaftliche Sanktionen der Fall ist. Das nukleare Säbelrasseln des Iran kann somit unter anderem auch als Reaktion auf die konfrontative Politik der westlichen Staatengemeinschaft und des GCC verstanden werden.

Mit der Lieferung von Leopard 2 Panzern ist nun auch die Bundesregierung verantwortlich für eine mögliche Eskalation im Krisengebiet am Persischen Golf. Diese Aufrüstung hat eine Signalkwirkung, die einem Rüstungswettrlauf, im schlimmsten Fall einem nuklearen Wettrüsten, Vorschub leisten könnte. Denn durch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Katar wird der Iran zusätzlich in seiner Auffassung von einer allumfassenden Bedrohung durch den Westen und den GCC bestärkt.

6. Die Politisierung konfessioneller Konflikte

Wie erwähnt, sind Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten ein Faktor für die krisenhafte Situation im Mittleren Osten. Dieser religiöse Konflikt ist beinahe so alt wie der Islam selbst. Er entstand nach dem Tod Mohammeds durch den Disput über die rechtmäßige Nachfolge⁵² bei der Führung der islamischen Glaubensgemeinschaft, dem sogenannten Kalifat. Ein Teil der Muslime war der Ansicht, dass einzig der Schwiegersohn und Cousin Ali ibn Abi Talib der legitime Nachfolger sein könne. Sie nannten sich die Parteigänger Alis, im Arabischen *Schiat Ali*, daher die Bezeichnung Schiiten. Letztendlich erhielt aber der Schwiegervater des Propheten Abu Bakr den Kalifentitel, der von den Schiiten nicht anerkannt wurde. Ali versuchte weiter, die Macht zu erringen, was ihm auch gelang, allerdings erst nach der Regentschaft zweier weiterer Kalifen, Umar und Uthman.

Ali konnte seine Stellung jedoch nicht behaupten und musste sich aus der heiligen Stadt Medina nach Kufa in den Irak flüchten, wo er 661 einem Attentat zum Opfer fiel. Schiiten erkennen die religiöse Legitimität der ersten drei Kalifen nicht an. Mehr noch, sie erachten das Kalifat an sich als illegitim, da es für sie eine politische Institution ist und nicht dem wahren Willen Gottes entspricht, der von Mohammed verlautbart wurde, welcher, nach Ansicht der

50 Terril, Andrew W.: The Saudi-Iranian Rivalry and the Future of the Middle East Security, Strategic Studies Institute, 2011, S.6.

51 Pradhan, Prasanta Kumar: The GCC-Iran Conflict and its Strategic Implications for the Gulf Region, S. 268f.

52 Nachfolge heißt im Arabischen Chalifa, aus diesem Wort leitet sich die Titelbezeichnung Kalif ab.



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon besucht gemeinsam mit dem Generalsekretär des Golfkooperationsrates Abdul Latif Bin Rashid Al Zayani den yemenitischen Präsidenten Abdrabbuh Mansour Hadi Mansour. Anlass des Besuchs war der erste Jahrestag der Unterzeichnung des Friedens- und Übergangsabkommens, das das Ende der Präsidentschaft Ali Abdullah Saleh bedeutete.
Foto: UN Photo/Evan Schneider.

Schiiten, zu seiner Lebenszeit Ali und seine Nachkommen als seine einzig möglichen Nachfolger auserkoren hat. Deshalb trägt Ali bei Schiiten den Titel *Imam*, und nicht Kalif, was soviel wie spirituelles Vorbild bedeutet. Neben Mohammad sind Ali und die ihm nachfolgenden Imame⁵³ die obersten religiösen Autoritäten. Ihre Auslegung des Koran und die daraus resultierenden Dogmen sind grundlegend für die schiitische Glaubenspraxis.

Bei Sunniten hingegen gelten die sogenannten *Vier Rechtgeleiteten Kalifen*, also Abu Bakr, Omar, Uthman und auch Ali, nach Mohammad als höchste religiöse Instanz. Die religiöse Praxis richtet sich in vielen Teilen nach der *Sunna* (daher die Bezeichnung Sunniten), was soviel wie überlieferte Norm heißt. Sie bezieht sich auf die sogenannten *Hadithe*, das sind Berichte von Mohammeds Gefährten und Zeitgenossen über die Gewohnheiten und die Lebenspraxis des Propheten, die Vorbild für jeden guten Muslim sein sollten. Auf der Grundlage dieser Hadithe ziehen Religionsgelehrte (arabisch *Ulama*) Schlüsse über fromme Lebensführung und Rechtsprechung. Schiiten wird von sunnitischen Seite vorgeworfen, dass sich ihre Dogmatik nicht an der Lebensführung des Propheten, sondern an der ihrer Imame orientiert. Die religiöse Verehrung dieser Imame stellt für Sunniten zudem eine Form des Polytheismus dar, eine der schlimmsten Sünden im Islam.

Den Regierenden im Mittleren Osten wie auch den Regierungskreisen der westlichen Mächte dient der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten mittlerweile als das Erklärungsmodell für die geostrategischen Bruchlinien in der Region. Komplexe politische Konstellationen werden durch die Brille des Konfessionalismus betrachtet. Seit spätestens 2004 sind religiöse innerislamische Differenzen zum ausschlaggebenden Paradigma bei der Einschätzung regionaler Konflikt dynamiken geworden. Damals hatte der jordanische König Abdallah II in einem Interview mit der Washington

Post die angebliche Gefahr beschrieben, die von einem „schiitischen Halbmond“ ausgehe, der sich von der Hizbullah im Libanon über Syrien und den Irak nach Saudi-Arabien und schließlich bis in den Iran erstreckte und von der Regierung in Teheran kontrolliert werde.⁵⁴ Auch der damalige Präsident Ägyptens Hosni Mubarak schlug in dieselbe Kerbe, als er im April 2006 in einem auf Al Arabia gesendeten TV Interview erklärte, dass die meisten Schiiten loyal zum Iran seien und nicht zu den Ländern in denen sie leben würden.⁵⁵ Theoretisch untermauert wurde diese Idee 2006 von einem der führenden amerikanischen Islamexperten, Vali Nasr. In seinem Buch „The Shia Revival – How Conflicts Within Islam Will Shape the Future“⁵⁶ beschrieb er, dass, ausgehend von einem Sieg schiitischer Kräfte bei den Parlamentswahlen im Irak, die schiitischen Minderheiten in der gesamten Region mobilisiert werden und als transnationale Bewegung die bestehenden Herrschaftsstrukturen zu Gunsten des Iran transformieren könnten.

Einher geht dies mit der Sichtweise, dass es sich bei Angehörigen der schiitischen Glaubensrichtung um einen homogenen Block handle, der über den Nahen Osten verteilt dieselben Interessen verfolgt. Ein aktuelles Beispiel für dieses Wahrnehmungsmuster bietet eine Analyse zur iranischen Politik, welche am 27.08.2012 auf der Website von Stratfor, einem der einflussreichsten privaten Dienstleister für geopolitische Studien, veröffentlicht wurde. Dort heißt es über die iranische Regierung: „sie sind schiitische Indo-Arier und keine sunnitischen Araber. Dieser Minderheitenstatus erklärt die Erfolge des Iran, die schiitische Bevölkerung der Region unter seine Führung zu bringen. Beispielsweise brachte der Iran nach dem Fall des irakischen Baath-Regimes 2003 die südirakischen, mehrheitlich schiitischen Regionen einschließlich Bagdad unter seinen Einfluss. Nach dem Verschwinden Saddam Husseins war der Iran in der Lage, seinen Einfluss westwärts in einem ununterbrochenen Bogen Richtung Mittelmeer auszuweiten. Das alawitische Regime in Damaskus hat Teherans Stellvertreter im Libanon,

53 Je nach schiitischer Glaubensausrichtung werden fünf, sieben oder zwölf Imame als legitime Nachfolger Alis erachtet. Die hiernach benannten „Fünfer-Schiiten“ werden auch als Zaiditen bezeichnet, sie sind die kleinste Gruppe im schiitischen Islam und v.a. im Norden des Jemen ansässig. Die „Siebener-Schiiten“ werden auch als Ismailiten bezeichnet und sind v.a. in Indien und Pakistan zu finden. Die „Zwölfer-Schiiten“, auch Imamiten genannt, stellen den größten Anteil unter den Schiiten und verteilen sich über den gesamten Mittleren Osten, Pakistan und Indien.

54 Bröning, Michael: Don't fear the Shiites, in: Internationale Politik und Gesellschaft, No. 3/2008. S.61.

55 a.a.O. S.62.

56 Nasr, Vali: The Shia Revival. How Conflicts Within Islam Will Shape the Future, Norton & Company New York, 2006.

die Hizbullah, mit iranischen Einflussphären im südlichen Irak verbunden.“⁵⁷

Dabei kann eine gewisse Analogie mit Deutungsmustern des Kalten Krieges beobachtet werden. Klare Freund-Feind Dichotomien prägen die Wahrnehmung des Westens. Auf der einen Seite sind die sogenannten „moderaten“ sunnitisch-prowestlichen Regime wie die Staaten des GCC, Jordanien und vor dem arabischen Frühling auch Ägypten. Auf der anderen Seite befindet sich der Iran als der feindliche antiwestliche Gegenspieler. Schiiten werden ähnlich wahrgenommen wie soziale Bewegungen zur Zeit des Kalten Krieges. Auch wenn sie sich lediglich gegen soziale Marginalisierung organisieren, wird dies in einen geopolitischen Kontext gestellt und sofort Einflussnahme beziehungsweise die Erweiterung der Einflussphäre des Iran vermutet. Was früher das kommunistische Moskau war, ist heute das schiitische Teheran. Ebenso wie im Kalten Krieg werden repressive Regime unterstützt, um die eigene strategische Position zu festigen oder auszubauen. Die repressive Herrschaftspraxis der feindlichen Regime wird propagandistisch betont und die der strategischen Partner bewusst ignoriert. Auf der einen Seite ist der tyrannisch regierte, frauenfeindliche und theokratische Iran, auf der anderen Seite der Stabilitätsanker der Region, die „gemäßigten“ GCC-Staaten unter der Führung Saudi-Arabiens, die zwar denselben repressiven Charakter haben, aber nun einmal mit der „richtigen“ Seite zusammenarbeiten.

Es steht nicht zur Debatte, dass religiöse Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten bestehen. Diese Differenzen manifestieren sich auch in einer politischen Dimension. Diese sollte aber unter den Vorzeichen regionaler Begebenheiten analysiert werden, und nicht in einem geostrategischen Kontext, denn eine derartige geopolitische Einordnung von Konfessionen, die von Seiten der Westmächte und der Monarchien am Golf vorgenommen wird, verschärft die Situation nur noch mehr, da sie die konfessionellen Lager weiter politisiert und damit zur Eskalation beiträgt. Die strategische Instrumentalisierung religiöser Konflikte birgt die Gefahr zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung zu werden. Die Schiiten häufig unterstellte Loyalität zum Iran führt vielerorts, vor allem in den Staaten des GCC, neben der religiösen auch zur politischen Ausgrenzung. Die fehlende Einbindung schiitischer Minderheiten in einen nationalstaatlichen Kontext intensiviert bei diesen die Selbstwahrnehmung als eigene, unterdrückte politische Entität, die sich dann, aufgrund von staatlicher Repression, als geeinte Community gegen die nationalistisch motivierte Ausgrenzung zur Wehr setzen will. Dies bestärkt wiederum die Regime in der Einschätzung, dass bei den schiitischen Minderheiten die politische Loyalität nicht gegeben ist, was dann in weitere politische und soziale Marginalisierung führt, usw., usw.. Letztendlich ist im Resultat möglich, dass schiitische Minderheiten aufgrund ihrer strategischen Unterlegenheit in mehrheitlich sunnitischen Staaten tatsächlich Unterstützung beim Iran suchen, um ihre politischen Handlungsoptionen zu erweitern.

Wie das Paradigma vom schiitisch-sunnitischen Konflikt die Wahrnehmung regionaler Konfliktkonstellationen verzerrt, lässt sich anhand einer Reihe von Beispielen beobachten. So wurde die Krise im Libanon 2005, die durch das Attentat auf den Ex-Premierminister Rafiq Hariri ausgelöst wurde, als Auseinandersetzung zwischen der sunnitischen Gefolgschaft Hariris und der vom Iran und Syrien gestützten Hizbullah dargestellt: „die Regierungsgegner (wurden) oft pauschal in das schiitische Lager eingeordnet, die

Regierung – trotz der Beteiligung (...) maronitischer Christen und der Druzen um Walid Junblatt – als Sunniten.“⁵⁸

Ein weiteres Beispiel: Das explizit säkulare Baath-Regime in Syrien wird zum schiitischen Halbmond gerechnet, da die Herrschaft Assads zum großen Teil auf patrimonialen Netzwerken der alawitischen Community beruht. Bei ihnen handelt es sich um eine Art schiitischer Sekte, die teilweise von fundamentalistischen Geistlichen aus den Reihen der Zwölfschiiten als apostatisch eingestuft wird und auch stark ethnische Züge trägt. Diese vage religiöse Verwandtschaft wurde oft als Basis der engen Allianz zwischen Teheran und Damaskus dargestellt. Wie Michael Bröning plausibel feststellt, ist das kein tragfähiges Erklärungsmuster: „In diesem Kontext erscheint die Zurechnung Syriens zum Schiitischen Halbmond alles andere als überzeugend. Auch wenn eine Kooperation zwischen Damaskus und Teheran nicht von der Hand zu weisen ist, ist es zumindest fragwürdig, inwieweit eine solche Kooperation die Theorie von einer auf der Grundlage des schiitischen Glaubens beruhenden Übereinkunft zwischen Teheran und dem sozialistisch-säkularem Regime Assads bestätigt. Man kann zumindest annehmen, dass diese Entente eher eine Zwangsheirat als eine Liebesbeziehung ist, die aufgrund mangelnder brauchbarer Alternativen Bestand hat.“⁵⁹

Auch im Yemen wird dieses Muster angewandt. Die Aufstände der Houthies, eines Stammes, dessen Angehörige Anhänger der zaiditischen Lehre im Schiismus sind, werden als religiös motiviert und von Teheran unterstützt deklariert. Das Problem bei dieser Einordnung ist nur, dass der mittlerweile geschasste Präsident des Yemens Ali Abdullah Saleh selber Schiit ist und 30 Jahren über eine sunnitische Mehrheit im Land herrschte. Die Spannungen im Norden des Jemen resultieren eher aus der dortigen wirtschaftlichen Unterentwicklung als aus konfessionellen Konflikten.⁶⁰ Die politische Landschaft des Yemens ist auch vielmehr durch Stammesstrukturen als durch Konfessionszugehörigkeit geprägt. Auseinandersetzungen entstehen vor allem durch Verteilungskonflikte zwischen der Zentralregierung in Sanaa und einzelnen Stämmen in der Peripherie.

Der Irak wurde auch lange unter dem sunnitisch-schiitischen Paradigma betrachtet. Mittlerweile ist es jedoch klar, dass die Schiiten im Irak keinen homogenen politischen Block darstellen. Die Ziele und Ansichten des Schiitenführers Muqtada Al-Sadr divergieren mit denen der schiitischen Regierung unter Maliki ebenso wie mit denen des Iran. Mittlerweile arbeitet er über konfessionelle Grenzen hinweg zusammen mit Sunniten und Kurden gegen die irakische Zentralregierung.⁶¹ Im Irak besteht auch unter Schiiten eine stark nationalistische Komponente, die nicht dem Bild der Schiiten als Fünfter Kolonne des Iran entspricht: „Zum Beispiel nutzt der theologische und politische Führer der Schiiten, Muqtada al-Sadr die iranische Herkunft von Ayatollah Ali al-Sistani, um diesen zu kritisieren.“⁶² Desweiteren „besteht eine tiefe soziale Kluft zwischen konservativen Schiiten (die sich aus der religiösen Community in Najaf, den Händlern in den heiligen Städten und der urbanen Mittelklasse zusammensetzen) und politisch radikalen Massen, die zum großen Teil Muqtada al-Sadr unterstützen.“⁶³

58 Bank, André/Marischka, Christoph: Libanon: Von der Gefahr, soziale Konflikte zu konfessionalisieren, www.imi-online.de.

59 Bröning, Michael: Don't fear the Shiites, in: Internationale Politik und Gesellschaft, No. 3/2008, S.71.

60 ebd.

61 Iraq: Al-Sadr's Long-Term Plans, Stratfor, 25.06.2012, www.stratfor.com.

62 Haynes, Jeffrey, Causes and Consequences of Transnational Religious Soft Power, London Metropolitan University, 2010, S.15.

63 ebd.

57 How Powershifts in Syria will change Iranian Politics, Stratfor, 27.08.2012, www.stratfor.com.



Ein Demonstrant in Bahrain macht deutlich, dass hier Sunniten und Schiiten gemeinsam gegen das Regime protestieren. Der Text des Schildes lässt sich sinngemäß mit „Hier in Bahrain sind Sunniten und Schiiten Brüder“ übersetzen.

Foto: Al Jazeera English über Wikipedia.

Die Situation im Nahen und Mittleren Osten ist von einer Vielzahl an Konfliktfeldern und Allianzen geprägt, als dass ein Weltbild, das auf der Annahme beruht, politische Einstellung, religiöses Bekenntnis und nationale Identität seien kongruent, einer genauen Analyse standhalten könnte. Tatsächlich besteht eine komplexe Situation durch eine Vielzahl von sich überlappenden transnationalen und nationalistischen, religiösen und politischen Identitäten im Nahen Osten, die eine exakte Definition von politischen Bruchlinien nur äußerst schwer ermöglichen. So ist der arabische Nationalismus, wenn auch in modifizierter Form, immer noch eine Größe, mit der gerechnet werden muss. Vor allem der antiimperialistische Anspruch der panarabischen Bewegung ist nach wie vor bei der arabischen Bevölkerung immanent. So kamen während des Libanonkrieges 2006 Umfragen in überwiegend sunnitischen Staaten, wie z.B. Ägypten, zu dem Ergebnis, Hassan Nassrallah, Führer der schiitischen Hizbullah, sei der „am meisten bewunderte Führer in der arabischen Welt“⁶⁴. Es spielte keine Rolle, dass die Hizbullah eine schiitische Organisation ist. Ausschlaggebend war das Eintreten für arabisch nationalistische Ideologien wie die Parteinahme für die Palästinenser und Kampf gegen westlichen Einfluss und israelische Aggression. Auch die enge Kooperation mit der sunnitischen Hamas zeigt, dass politische Nähe die Konfession zur Nebensache macht.

Ebenso verhält es sich mit Ahmadinejad. Seine Rhetorik spiegelt politische Sichtweisen der arabischen Öffentlichkeit wider, die unabhängig von konfessionellen Denkmustern bestehen: „Die Mehrheit der Araber teilen nicht die Wahrnehmung des Iran als einer sich ausbreitenden Gefahr, da die Rhetorik Ahmadinejads (...) die einzig verbliebene Stimme eines kompromisslosen – ursprünglich panarabischen – Widerstandes gegen die imperialistische, aggressive Politik des Westens ist. Der persische Iran hat ironischerweise über Jahre hinweg als Sprachrohr für einen kompromisslosen arabischen Nationalismus fungiert, und seine öffentlichen Stellungnahmen sind arabischer als die der arabischen Regime selbst.“⁶⁵

Nicht zuletzt diese Gegebenheit veranlasste Staaten wie Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten als mehrheitlich sunnitische Staaten, die Angst vor dem schiitischen Halbmond zu schüren. Die Intention dahinter war klar: das Heraufbeschwören einer von Teheran geleiteten schiitischen Gefahr soll von der eigenen, mit westlich-imperialistischen Kräften kooperierenden Politik ablenken, „anti-schiitische Rhetorik kann demnach als eine Methode verstanden werden, eine Politik zu verkaufen, die auf unkongressionalistischen Motiven beruht.“⁶⁶

Aufgrund der prowestlichen und israelfreundlichen Einstellung verschiedener arabischer Regime besteht in dieser Region zu großen Teilen eine Kluft zwischen Bevölkerung und Regime⁶⁷ und weniger zwischen Sunniten und Schiiten. Um die Regimestabilität zu gewährleisten, wurde ein Bedrohungsszenario von einem expansiven Iran mit den im Mittleren Osten ansässigen Schiiten als Fünfte Kolonne heraufbeschworen, um die eigene, sunnitische Bevölkerung in Frontstellung gegen religiöse Minderheiten anstatt gegen die eigenen Regierungen zu bringen. In einem Punkt ist die Einschätzung dieser Staaten bezüglich des Iran richtig: Ahmadinejads Ideologie kann die Straßen mobilisieren, auch die arabischen, aber er tut dies nicht mit religiöser, sondern antiimperialistischer Rhetorik.⁶⁸ Diese spricht viele Araber an, unabhängig vom religiösen Bekenntnis. Vor dieser Mobilisationsfähigkeit besteht auch berechtigte Furcht bei den Golfmonarchien.

Bei den Westmächten verhält es sich ähnlich. Man ist sich bewusst, dass die Meinung der arabischen Bevölkerung nicht unbedingt den eigenen Ambitionen in der Region dienlich ist, weswegen auch bis kurz vor ihrem Ende die autokratischen Regime gestützt wurden,

64 Valbjorn, Morten/Bank, André: Signs of a New Arab Cold War, Middle East Report, Spring 2007, S.7.

67 Ob sich dies durch die Revolutionen weitgehend ändern wird, bleibt abzuwarten.

68 Natürlich nutzt Ahmadinejad die antiimperialistische Rhetorik auch, um den repressiven Charakter des eigenen Regimes zu verschleiern, wie dies am Verhalten der iranischen Regierung während der sogenannten „Grünen Revolution“ zu beobachten war. Die Proteste gegen eine mögliche Wahlfälschung wurden als vom Westen initiierte Umsturzversuche diskreditiert. Nichtsdestoweniger hat eine solche Rhetorik immer noch eine gewisse Anziehungskraft, sowohl bei der iranischen als auch der arabischen Bevölkerung.

64 Valbjorn, Morten/Bank, André: Signs of a New Arab Cold War, Middle East Report, Spring 2007, S.7.

65 Bröning, Michael: Don't fear the Shiites, in: Internationale Politik und Gesellschaft, No. 3/2008, S.67.

deren Sturz man nun im Namen der Demokratie so überschwänglich begrüßt. Das Paradigma des interkonfessionellen Konfliktes erweist sich auch als dienlich für westliche Interessen. Gemäß dem „Teile und Herrsche“ Prinzip wird versucht, diesen Konflikt zu schüren, um die Bevölkerung im Mittleren Osten unsensibel für westliche Einflussnahme zu machen.

Die derzeitige Politik in einer Reihe von GCC-Staaten verfolgt das Ziel, den religiösen und nationalistischen Hass auf Schiiten zu verstärken. Der Hass der Bevölkerungsmehrheit soll sich nicht gegen die Regierungen, sondern gegen eine Minderheit im eigenen Land richten, ein altes, probates Mittel zur Herrschaftssicherung. Von staatlicher Seite werden die Schiiten v.a. in Bahrain und Saudi-Arabien massiv sozial benachteiligt. Aus diesem Grund wird Protest in diesen Staaten logischerweise auch vor allem von Schiiten artikuliert, die eben das Ende der sozialen Marginalisierung fordern. Solche Proteste werden mit der Begründung niedergeschlagen, es handele sich um Einflussnahme durch den Iran und den Versuch einer islamistischen schiitischen Revolution. Mit derselben Argumentation sehen sich auch die Westmächte dazu veranlasst, nicht nur wegzusehen, sondern auch das militärische Equipment für solche Aktionen zu liefern. Durch die Unterdrückung der Schiiten radikalisiert sich deren Protest natürlich. Ein Teufelskreis, der durch die Unterstützung der ja vorgeblich stabilisierenden Regime im Golf durch den Westen angefeuert wird. Generell kann man sehen, dass sich die Forderungen schiitischer Minderheiten in Saudi-Arabien und Bahrain seit 1990 auf die Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen und den Erhalt religiöser Freiheiten beschränken. Beides wird jedoch als iranischer Einfluss interpretiert: „Ob wahr oder falsch, sie sehen schiitische Forderungen, deren soziale Marginalisierung zu beenden, als Vorboten eines wachsenden iranischen Einflusses in ihren Ländern.“⁶⁹

7. Fazit

Die angeführten Beispiele und Argumente zeigen, dass der neue sicherheitspolitische Kurs der Bundesregierung bezüglich der Golfregion den selbsterklärten moralischen Zielvorgaben in keiner Weise gerecht wird. Doch selbst wenn man absolut berechnete, generelle moralische Vorbehalte gegenüber Rüstungsexporten außen vor lässt, bleiben Waffenlieferungen in die GCC-Staaten ein leichtfertiges Spiel mit dem Feuer, welches nicht nur den Frieden in der Region bedroht, sondern auf lange Sicht auch die vielbeschworbenen Sicherheitsinteressen Deutschlands, hinter denen humanistische Vorbehalte aus Sicht vieler Verantwortlicher der deutschen Außenpolitik zurückstehen müssen.

Als wesentliches strategisches Sicherheitsinteresse bezeichnet die Bundesregierung die Stabilität der Golfmonarchien, für die der GCC von Seiten der deutschen Regierung als wichtigster Garant gesehen wird. Der Grund für diese Stabilität liegt vor allem in der repressiven Herrschaftspraxis der Golfmonarchien. Diese Kröte ist man in deutschen sicherheitspolitischen Kreisen auch bereit zu schlucken, wenn es darum geht, „Ruhe und Ordnung“ im Nahen und Mittleren Osten zu gewährleisten, beziehungsweise durchzusetzen. Als Gestaltungsmacht soll der GCC in seinem autoritären Selbstverständnis die Konflikte in der Region berechenbarer machen und stabilisierend wirken. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die derzeitige Politik des GCC läuft auf die Unterstützung radikal-religiöser und undemokratischer Kräfte in den Krisengebieten im Mittleren Osten hinaus. Dies ist derzeit vor allem in den

Staaten, in denen im Zuge des arabischen Frühlings Rebellionen stattfanden, zu beobachten. Dies gereicht natürlich den zivilgesellschaftlichen und gemäßigten religiösen Kräften zum Nachteil und verhindert eine mögliche Transformation von Regimen ohne kriegerische Auseinandersetzungen. Wenn radikale Kräfte durch den GCC und damit auch mit deutscher Hilfe unterstützt werden, heißt dies, auf die Schaffung von kompromisslosen Nachfolgeregierungen zu setzen, denen nicht an der Etablierung von egalitären demokratischen Strukturen und eines konfessionellen Ausgleiches gelegen ist. Dies legt die Grundlage für dauerhafte Bürgerkriege in der Region.

Auch in Bezug auf den Iran fördert eine Aufrüstung der GCC-Staaten das Konfliktpotential am Persischen Golf. Man unterstützt damit einen Rüstungswettlauf in einer der strategisch wichtigsten und aus diesem Grund wahrscheinlich volatilsten Regionen der Welt. Waffenlieferungen aus Deutschland tragen dazu bei, die Spannungen zwischen dem Iran und den Golfstaaten sowie der BRD und damit der westlichen Staatengemeinschaft im Allgemeinen zu verstärken. Die Möglichkeiten für diplomatische Lösungsansätze, zum Beispiel im Nuklearkonflikt, werden reduziert, wenn man weiter auf militärische Abschreckung setzt. Das iranische Regime wird auf solches Säbelrasseln aus Selbsterhaltungstrieb natürlicherweise mit der Aufstockung seiner militärischen Kapazitäten reagieren. Es vom Bau einer Atombombe abzubringen, wird nicht durch die Erhöhung des Bedrohungspotentials durch westliche Schützenhilfe zu erreichen sein, sondern nur durch Dialog - oder eine massive militärische Intervention. Die Waffenlieferungen an den GCC verhindern den politischen Dialog und stellen somit einen Schritt in Richtung einer kriegerischen Auseinandersetzung dar, zu der es bei einer Eskalation der derzeitigen Konflikte am Persischen Golf zwangsläufig kommen würde.

Ein weiterer Punkt, der gegen Rüstungsexporte in die Golfregion spricht, ist die mögliche innenpolitische Eskalation in den einzelnen Golfstaaten. Staaten, in denen ein friedlicher Machttransfer nicht unbedingt gewährleistet ist, wie dies zum Beispiel in Katar der Fall ist, völlig überproportional mit Kampfmitteln auszustatten, kann für die Stabilisierung einer Region nicht förderlich sein. Ebenso können im saudi-arabischen Königshaus diverse Flügelkämpfe beobachtet werden. Es besteht nach einem Thronwechsel durchaus die Möglichkeit von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Herrscherfamilie, die dann unter Umständen mit deutschen Waffen ausgetragen werden.

Wie zuvor beschrieben, verschärft die Bundesregierung durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem GCC indirekt auch den konfessionellen Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten. Dies kann direkte negative Auswirkungen auch auf die Sicherheitsinteressen Deutschlands nach sich ziehen. Die Herrscher in den Golfmonarchien hegen im großen Ausmaß Ressentiments gegen Schiiten, sowohl in religiöser als auch in politischer Hinsicht. Sie bemühen sich zudem, Vorurteile und Hass auf diese religiöse Minderheit in der arabischen Welt zu verbreiten und diesen Konflikt im Kontext der Konfrontation mit dem Iran für strategische Zwecke zu politisieren und instrumentalisieren. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit von gewaltsamen, religiös motivierten Auseinandersetzungen und damit für eine weitere Destabilisierung des Mittleren Osten.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass durch ein solches Vorgehen schiitische Minderheiten erst verstärkt in die Arme des Iran getrieben werden, da sie in ihm eine Schutzmacht gegen die von den GCC-Staaten, insbesondere Saudi-Arabien, betriebene politische und religiöse Hetze erkennen. Eine solche Situation hätte das Potential, den Einfluss des Iran auf den Mittleren Osten zu erweitern, sofern die iranische Regierung gewillt ist, auf die schiitische Karte zu setzen, was ihr von der Seite des GCC, der westlichen

69 Colombo, Silvia: The GCC Countries and the Arab Spring, IAI Working Papers 12/09, Rom, 2012. S.11.



*Anfang Dezember 2012 wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat über den Export von Radpanzern des Typs „Boxer“ nach Saudi-Arabien debattiert. Der Panzer wird von Rheinmetall und Krauss-Maffai Wegmann hergestellt.
Foto: ISAF Headquarters Public Affairs Office über Wikipedia.*

Staatsgemeinschaft sowie einem großen Teil der wissenschaftlichen Community ohnehin bereits vorgeworfen wird. Unabhängig davon, ob die Einschätzung von Schiiten als Fünfter Kolonne des Iran respektive der als eines antiwestlichen politischen Blocks richtig oder falsch ist, die derzeitige einseitige westliche Parteinahme für die GCC-Staaten droht in jedem Fall die existierenden konfessionellen Spannungen massiv zu verschärfen.

Was das Argumentationsmuster der Bundesregierung anbelangt, wurde hier gezeigt, dass eine sicherheitspolitische Kooperation mit dem GCC in offenkundigem Widerspruch zu den offiziellen politischen Zielsetzungen in der Region – Menschenrechte und Stabilität – steht. Während moralische Bedenken hinsichtlich Wapfenlieferungen an menschenrechtsverletzende Regime bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung, der Opposition und sogar Teilen der Koalition präsent sind, werden diese aber immer wieder mit dem offenkundig auf verfehlten strategischen Einschätzungen beruhenden Verweis auf geopolitische Sachzwänge und „Stabilitätsabwägungen“ weggefeigt. Die praktische Politik, die sich nicht zuletzt in der massiven Aufrüstung der GCC-Staaten manifestiert, untergräbt jedoch massiv die Stabilität in der Region, die für die Bundesregierung angeblich höchste Priorität hat.

Weder moralische noch „stabilisierende“ Motive stecken demzufolge hinter der deutschen Gestaltungsmächtepolitik am Golf, sondern kurzsichtige machtpolitische Ambitionen, die eigene Einflussphäre zu erweitern.

Oft wird den Verfechtern des Antimilitarismus die Verkennerung geopolitischer Realitäten vorgeworfen. Man hört häufig, moralische Bedenken und das Eintreten gegen eine Militarisierung der Weltpolitik entsprängen zwar hehren Idealen, seien aber nicht dienlich bei der Einschätzung der in der rauen Wirklichkeit existierenden Begebenheiten. Im Falle der angestrebten militärpolitischen Kooperation der BRD mit den Golfmonarchien, die als „Gestaltungsmächte“ mit deutscher Unterstützung für mehr Sicherheit und Stabilität in der Region sorgen sollen, zeigt sich aber, wie das in sicherheitspolitischen Kreisen vorherrschende Paradigma des sogenannten politischen Realismus die Sicht der Verantwortlichen auf die Realität und die möglichen Auswirkungen des eigenen Handelns verschleiern. Es wird auf kurzfristige, strategische Erfolge gesetzt und nach dem Prinzip „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ gehandelt. Die Geschichte hat wiederholt gezeigt, wohin eine Politik, die dieser Devise folgt, letztendlich führt.

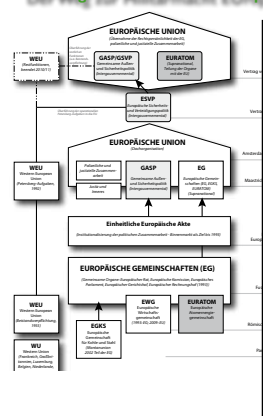
Fact-Sheet: EU-Militarisierung



„Für Europa ist es notwendig, dass es versteht, dass die einzige Möglichkeit, um Umverteilung für Europa zu erhalten, heute nicht auf einer der Nachbargruppen basiert kann, dass die EU notwendig für das Frieden ist [...] Die Friedensentwicklung Europas basiert heute auf Macht, nicht auf Frieden.“
Tony Blair, ehemaliger britischer Premierminister im Juni 2011

„Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der fortwährende Prozess der globalen Ökonomie. Er wird verstanden als einem unvermeidlichen Prozess durch internationalen Kapitalismus und WFP und Währungsregime [...] Die Herrschaft der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards. Deren Kern ist die Idee der Welt von Gewalt und Gewalt. Deren Kern ist die Idee der Welt von Gewalt und Gewalt. Deren Kern ist die Idee der Welt von Gewalt und Gewalt.“
Antonio Gramsci, 1920er Jahre

Der Weg zur Militärmacht Europa



2012 Französisch-deutsche und italienisch-deutsche Erklärung zur Stärkung der EU-Militärfähigkeiten: Mitte 2012 tritt das EU-Verteidigungspaket (Defence Package) europaweit in Kraft, mit dem der Rüstungssektor vereinfacht und Rüstungsimporte erleichtert werden sollen.

2011 Erste Vorschläge zur Bündelung und gemeinsamen Nutzung von Militärgüter (Pooling & Sharing), sich auf eine Europäisierung der Rüstungspolitik ab.

2010 Am 1. Dezember nimmt der Europäische Ausschuss für die Verteidigung (EAD) seine Arbeit auf.

2009 Vertrag von Lissabon (EUV) tritt als neue EU-Rechtsgrundlage in Kraft. Neben einer Reihe hochproblematischer Neuerungen, wie z.B. der Erweiterung der EU-Militärfähigkeiten, wird darin der EU-Militärbereich in „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) umbenannt.

2008 Auf dem Dezember-Ratungsfeld wird beschlossen, Kapazitäten aufbauen zu

Fact-Sheet: Kriegsbündnis NATO



„Den westlichen Alliierten steht eine lange, andauernde und präventiv zu führende Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart (way of life) bevor. Deshalb müssen sie Risiken auf Distanz halten, während sie ihre Heimatländer beschützen.“
Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, 2011



Von der (formalen) Landesverteidigung zum globalen Interventionsbündnis

Die NATO war – und ist bis heute – eine Militäralianz, deren Hauptzweck die Durchsetzung der Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten darstellt. Während des Kalten Krieges ging es primär darum, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion „angenehm“ zu gestalten. Als entscheidend mit deren Umsetzung, Anfang der 1990er Jahre, trat die NATO in eine neue Phase. Sie erweiterte ihren Wirkungsbereich auf die Balkanregion und wurde zum globalen Interventionsbündnis.

NATO-Expansion

Gegründet am 4. April 1949 folgten die ersten Erweiterungen 1952 (Italien und Griechenland) sowie 1955 (Deutschland und Spanien). Trotz heftigen russischen Widerstands und der Vorwarnung, das nicht zu tun (siehe Kasten), expandierte die NATO nach Ende des Kalten Krieges weit nach Osten. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn bei sowie am 29. März 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Im April 2009 folgten Kroatien und Albanien, sodass die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges von 16 auf 28 Länder anwuchs. Darüber hinaus existiert mit „Partnership für den Frieden“ ein Programm, mit dem 22 weitere Staaten bei Bewaffnung, Ausbildung und Doktrin in den NATO-Standards ausgebildet werden.

Fact-Sheet: Drohnen-Kriege



Next Generation Warfare: Eine neue Methode des Tötens

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden sie Drohnen genannt. Gemeint sind unbemannte, ferngesteuerte Flugkörper, die in der englischen Fachsprache Unmanned Aerial Vehicle, kurz UAV, heißen. Ein in diese Abkürzung eingetragenes C steht für Combat – Kampf. Drohnen sind das Gefährtenpaar unbemannter Luftsysteme von militärischen Kleinflugzeugen für den Nahbereich bis zu unbemannten strategischen Aufklärungsflugzeugen in der Diskussion eines Vorkriegscharakter. Drohnen finden in militärischen wie zivilen Zusammenhängen Verwendung. Im militärischen Bereich dienen UAVs seit den 1990er Jahren hauptsächlich zur Aufklärung und Zielerkennung, das heißt, sie erfüllen militärische Unterstützungsfunktionen. In geringerer Maße werden Drohnen auch zum Raketenabschleusen in der sogenannten Kampfschule und Territoriumskartierung eingesetzt, also direkt für Kampfhandlungen (die hochentwickelten UAVs). Bildung haben die Regierungen dieser Staaten – der USA, Israels und Großbritanniens – Drohnen zur „Tötung“ von Menschen eingesetzt. Für Israel ist diese Praxis in den höchsten politischen Gremien durch die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) kritisiert. Die erste bekannte Tötung durch eine Drohne fand am 22. November 2002 in Afghanistan statt, als ein amerikanisches Mitglied von Al-Qaida getötet wurde. Auch wenn dieser Akt aus Sicht der US-Regierung als eine gerechtfertigte Handlung im Krieg gesehen wurde, so wurden große Fragen nach der Staatlichkeit der Tötung, in denen keine bewaffneten Konflikte bestanden, wie dies zum ersten Mal im November 2002 im Falle des Fal war. Solche zivilisierten bewaffneten Drohnen zum bewaffneten Instrument für gezielte Tötungen im Kontext des so genannten Krieges gegen den Terror. Tötungen ziviler bewaffneter Drohnen sind in den bewaffneten Konflikten in Afghanistan (seit 2001), im Irak (seit 2003) und in Libyen (2011) hauptsächlich seitens der US-Armee bekannt geworden. Die britische Regierung gibt gegenüber

„Denn Wan UK“ an, dass das britische Militär im Zeitraum von 2008 bis zum 30.10.2012 in Afghanistan 348 Drohnen-Angriffe ausgeführt habe. Hingegen seien in Somalia (seit 2007), in Jemen (seit 2002) und in den bundesstaatlich verwalteten Sommerregionen im Nordwesten Pakistans (seit 2004) vornehmlich der römische Auslandseinsatz CIA unter Zuhilfenahme privater Unternehmen, die mit vollständiger Militärfähigkeit arbeiten. In diesen Staaten herrschen reichlich gesehen weder bewaffnete Konflikte, noch führen die USA dort offene Kriege. In Jemen lebten vor Pakistan mit insgesamt 217 Angriffen seit 2008 zehntausende an künftigen von Drohnen-Angriffen betroffenen. Diese Zahl ergibt die Recherche der „The Long War Journal“ (LWJ). Seit 2011 haben sich die USA aus politischen Gründen zu einem restriktiveren Vorgehen gezwungen. Die bisherige offizielle Unterstützung der Drohnen-Programme durch die pakistanische Regierung veränderte sich aufgrund der zunehmenden innenpolitischen Drücke in eine ablehnende. „An einem neuen Brennpunkt der Drohnen-Angriffe gilt bisher der Jemen. Dort schloß die UNW allein in den ersten sechs Monaten 2012 37 Angriffe. Mit dem Übergang der Regierung von General W. Bush auf Barack Obama im Januar 2009 verlagerte sich auch der Schwerpunkt von Pakistan auf Somalia. Schlägen. Bei einem Angriff auf einen vermeintlichen Aufhänger nicht-militärischer Herkunft wurde ein Mann getötet. Dieser Mann war ein Mitglied von Al-Qaida, der als ein mögliches Mitglied von Al-Qaida gilt getötet wurde. Auch wenn dieser Akt aus Sicht der US-Regierung als eine gerechtfertigte Handlung im Krieg gesehen wurde, so wurden große Fragen nach der Staatlichkeit der Tötung, in denen keine bewaffneten Konflikte bestanden, wie dies zum ersten Mal im November 2002 im Falle des Fal war. Solche zivilisierten bewaffneten Drohnen zum bewaffneten Instrument für gezielte Tötungen im Kontext des so genannten Krieges gegen den Terror. Tötungen ziviler bewaffneter Drohnen sind in den bewaffneten Konflikten in Afghanistan (seit 2001), im Irak (seit 2003) und in Libyen (2011) hauptsächlich seitens der US-Armee bekannt geworden. Die britische Regierung gibt gegenüber

Anzahl der US-Drohnenangriffe in Pakistan und Jemen 2002-2012



Quelle für die Grafik: Index: Bill Roggin, Alexander Meyer, Bob Barry: Charting the use of US military in Pakistan/ Yemen, 2002-2012, www.longwarjournal.org, Stand 24.10.2012. Grafik: IMI 2012.

Neue Fact Sheets bei der IMI erschienen

Zur „EU-Militarisierung“, der „NATO“ und den „Drohnen-Kriegen“ sind neue Fact Sheets erschienen. Sie können auf der Seite der IMI unter <http://www.imi-online.de/publikationen/fact-sheet/> heruntergeladen werden. Die IMI gibt diese Fact Sheet zusammen mit der DFG-VK heraus. Dort können sie gedruckt gratis (gegen Porto) bestellt werden. Bestellungen an: material@dfg-vk

Drohnen-Kriege

Die Bedeutung von Drohneneinsätzen für die westliche Kriegführung nimmt in den letzten Jahren rasant zu. Wesentliche Fakten zum Thema sind in diesem Fact Sheet zusammengetragen.

EU-Militarisierung

Die wesentlichen Entwicklung der Militarisierung der EU sowie ihre unterschiedlichen Facetten sind in diesem Fact Sheet kurz und bündig zusammengefasst.

Kriegsbündnis NATO

Die NATO ist weiterhin die mit Abstand mächtigste und aggressivste Militärallianz der Welt. Das Fact Sheet gibt einen Überblick über die wichtigsten Aspekte über das „Kriegsbündnis NATO“.

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

